Nr. 39 — Jahrgang 13 Einzelnummer 0,20 Zl. Freitag, den 17. Februar 1928

Volkswille

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zly. Anzeigen unter Text 0.50 Zly. von außerhalb 0.60 Zly. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 29. 2. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Unkenrufe

Die bürgerliche Einheitsfront.

Es war zu erwarten, daß der Aufruf der sozialistischen Parteien bezüglich ihrer Stellungnahme zur Minderheitenfrage sowohl im polnischen als auch im deutschen bürgerlichen Lager auf Unwillen stoßen wird, weil zum ersten Male zwei Parteien ganz konkrete Vorschläge zur Lösung dieses Problems den Wählermassen vorlegen. Wir sind von allen Illusionen weit entfernt, als daß wir uns der Hoffnung hingeben würden, daß die Veröffentlichung eines Aufrufs allein schon eine Tat sei, wenn man berücksichtigt, wie gerade das Minderheitenproblem in Polen bisher behandelt worden ist. Und weil es Sozialisten sind, die an dieses Problem herantreten, die bürgerlichen deutschen Parteien, wie schon manche Gelegenheit auch diesmal die Hauptfrage ihres kulturell-nationalen Daseins **verschlafen** haben, so muß dieser Aufruf der Sozialisten selbstverständlich als **nichtssagend** hingestellt werden, denn nur das, was die Bürgerlichen ihrer nationalistischen Gefolgschaft vorsetzen, hat allein Gültigkeit und muß als der politischen Weisheit letzter Schluß geschluckt werden. Fünf Jahre waren die Herren in der Mehrheit im deutschen Klub in Warschau und haben **kein** Gesetz zur Lösung dieser Frage eingebracht, 12 Mandate haben sie im Schlesischen Sejm und haben den Nationalitätenhaß **vertieft,** statt nach einem Ausweg zur Lösung zu suchen. Und die Schulfrage ist, selbst mit Hilfe der Genfer Konvention, auf ein **totes Gleis gefahren,** man hat dem klaren Recht gegenüber Kompromisse vorgezogen, nachdem sich erwiesen hat, daß die Politik in Minderheitenfragen, die der Deutsche Volksbund betrieben, Fiasko erlitten hat, jene Filiale der Deutschen Kath. Volkspartei und der Deutschen Partei, die ihr Dasein auf dem Papier verdankt und der Gefolgschaft der Katholischen Volkspartei, weil sie gerade in der Deutschen Wahlgemeinschaft nichts zu sagen hat. Ohne einer verfehlten Minderheitenpolitik in Oberschlesien gäbe es auch keinen Nationalitätenhaß in dem Maßstabe, wie wir ihn heute erleben und die die deutsche Arbeiterklasse ertragen muß. Mag sein, daß große Massen deutscher Arbeiter noch der deutschen Wahlgemeinschaft nachrennen, wir können dies nicht verhindern, die deutsche Arbeiterklasse muß erst wieder Niederlagen erleiden, um sich von der falschen Politik des deutschen Bürgerblocks zu überzeugen und gerade in der Minderheitenschulfrage hat sie diese Lehre schon erhalten, haben durch die Wahl des deutschen Bürgerblocks in den Kommunen die **arbeiterfeindliche Politik** kennen gelernt. Und wenn sie daraus noch keine Konsequenzen gezogen haben, so ist eben diesem Teil der deutschen Arbeiterklasse nicht zu helfen, weil sie immer noch träumen, daß sie früher oder später wieder nach dem „Vaterlande" der Hindenburg und Marx zurückkehren kann.

Die deutsch-bürgerliche Presse versucht den Aufruf so auszulegen, als wenn es sich ausschließlich um ein Wahlkompromiß handeln würde. Demgegenüber stellen wir fest, daß es ein Arbeitsprogramm ist, welches auf Jahre hinaus bestimmt ist und seine Verwirklichung kann naturgemäß nur erfolgen, wenn es gelingt, deutsche und polnische Arbeiter dafür zu gewinnen, daß die Lösung der Minderheitenfrage **nur das Werk der Sozialisten** sein kann. Und die Tatsachen in anderen Ländern beweisen es am besten. Ohne die Sozialisten wäre heute weder in Lettland noch in Estland die Frage der **kulturell-nationalen Autonomie** nicht gelöst und selbst die Ulitz und Pant haben sich in diesen Ländern von der Arbeit der Sozialisten in Minderheitsfragen überzeugen können und waren sogar Gäste sozialistischer Minister. Aber im Auslande sind ja die Sozialisten **immer bessere** Leute als im Inland und so müssen wir uns schon versagen, auf das Geschreibsel einzugehen, mit welchem man den angeblichen Nationalismus der PPS. in den Elaboraten der deutschbürgerlichen Presse bedenkt. Denn es ist schwer, sich mit den Herren auseinanderzusetzen, denn sie werden Geschehnisse, die passiert sind, nie zu bewerten wissen. Daß ein großer Teil der polnischen Arbeiterschaft heute dem Nationalismus ergeben ist, kann nicht bestritten werden, aber auch von deutschen Arbeitern trifft dies leider zu. Und weiß man bei den Deutschbürgerlichen nichts davon, wie der Nationalhaß gegen das Deutschtum, welches gerade tiefe Wurzeln in der Arbeiterschaft hat, vergrößert wurde durch den **Volksbundprozeß** und durch die **Affäre** des Mitglieds der Gemischten Kommission, den man **der Spionage überführt hat.** Hat man kein Gefühl dafür, daß es unter solchen Umständen schwer ist, nachzuweisen, daß das bodenständige Deutschtum mit diesen Dingen hier nichts zu tun haben will und die den Nationalismus im polnischen Arbeiter gefördert haben? Aber über solche Probleme sich mit der deutschbürgerlichen Presse zu unterhalten ist ja gänzlich verfehlt, denn die Politik dieses Deutschtums wird von Elementen gemacht, die gerade für das Nationalitätenproblem das **geringste Verständnis haben** und auch **nichts** davon wissen, daß zum Beispiel die polnisch-sozialistische Partei bereits an ihrem Parteitag im Jahre 1922 in Krakau forderte, daß das Nationalitätenproblem in Polen gelöst **werden müsse** und später auch im Sejm **einen solchen Entwurf,** allerdings nur für bestimmte Gebiete, **eingereicht hat.** Der Deutsche Klub braucht ja davon nichts zu wissen und darum die Behauptung, daß die P. P. S. bisher zur Regelung der Minderheitenfrage nichts getan hat. Aber auch der Deutsche Klub **hat nichts getan,** um diese Frage fortzutreiben, und **dies wiegt schwerer** auf, als daß es die P. P. S. nicht getan hat.

Wir beneiden die deutschbürgerliche Presse, daß sie so sicher ist, daß die deutschen Arbeiter nicht auf die Liste der P. P. S. stimmen werden. Aber über den Ausgang werden wir uns wohl besser nach den Wahlen unterhalten. Und wenn man mit der Phrase kommt, daß die deutschen Sozialisten an aussichtsloser Stelle aufgestellt sind, so hätte ihnen die deutsche Wahlgemeinschaft **bestimmt keine besseren Vorschläge** unterbreitet und der vielgenannte Genosse Pankratz als liebes Kind der Deutschen Wahlgemeinschaft steht gleichfalls an zweiter Stelle auf der Bromberger Liste und es ist mindestens **so aussichtslos,** daß er durchkommt, wie die Genossen Peschka und Lukas. Und darin ist doch ein Unterschied zu machen, weil es sich um die Bromberger Liste um eine reine deutsche Liste handelt und man setzt den „Sozialisten" Pankratz **nicht an die erste Stelle,** sondern verlangt dies von den polnischen Sozialisten in Oberschlesien. Die sollen das tun, was die bürgerlichen Deutschen **bisher selbst nicht getan haben.** Wir sind unseres Erfolges sicher und brauchen zu diesem Kapitel keinerlei Worte zu verlieren. Aber wie die „Polska Zachodnia", so ist es auch der deutschbürgerlichen Wahlgemeinschaft darum zu tun, zu zeigen, daß die deutschen Sozialisten auf den Leim geführt worden sind. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die politische Ideologie der Herren Rumun nichts von der der Pant und Konsorten, hier sind sie, wie in allen anderen Fragen, **eine Einheitsfront, wo es sich um Sozialisten handelt.** Es ist das gute Recht der Bürgerlichen, daß sie ihre Politik verteidigen, aber uns wäre es angenehmer, wenn sie **praktische Taten zeigen würden** und da hat ihre ganze Praxis bisher erwiesen, daß sie **unbewußt Schrittmacher der polnischen Reaktion sind.** Wir Sozialisten sind keine Augenblickspartei, die ihren Erfolg durch irgend einen Aufruf erwiesen sieht, sondern wissen, daß wir um die Lösung der von uns gestellten Probleme **kämpfen** müssen. Die Zukunft wird zeigen, **wessen Politik die richtige war.** Und wenn der deutsche Bürgerblock so viele Niederlagen erlitten hat, werden wir auch die unsrige zu tragen wissen. Bisher können wir nur das Gegenteil behaupten, denn **nie war der Zuspruch zu unserer Partei so groß, wie gerade jetzt, wo die Arbeiterschaft die Verwirklichung der sozialistischen Einheitsfront sieht, und das ist der erste Erfolg,** die Mißgunst überlassen wir ruhig der deutschbürgerlichen Presse, deren einziger Erfolg bisher eine **heillose politische Blamage** war.

Für die klassenbewußte Arbeiterschaft aber, die über den Wahlversprechungen hinaus **praktische Verwirklichung der Minderheitenfrage** wünscht, kann es nur eine Liste geben, die Liste der **sozialistischen Wahlgemeinschaft, die Liste Nr. 2.** Aus der Polemik der bürgerlichen deutschen und polnischen Presse mag man die Einheitsfront ersehen, die das Bürgertum bildet, wenn es sich um sozialistische Aufgaben handelt. Dann sind sie einig, von Korfanty bis Ulitz, von Grazynski bis Pant, von Geisenheimer, Sabas bis Czisczewski. Und dieser bürgerlichen Einheitsfront kann nur die **sozialistische Einheitsfront gegenübergestellt werden, deren Erfolg abhängig ist, vom restlosen Eintreten für die Liste Nr. 2.**

—ll.

Reichstagswahlen im Mai?

Die Rechtskoalition am Schulgesetz gescheitert — Die Reichstagsauflösung zum 31. März beschlossen — Zustimmung der Sozialdemokratie zum Arbeits-Programm

Berlin. Die interfraktionellen Besprechungen haben zwischen den Fraktionen der Bayr. V. P., der D. V. P. und des Zentrums Uebereinstimmung ergeben, daß unter allen Umständen der Etat und der Nachtragsetat, sowie die noch ausstehende soziale und landwirtschaftliche Notstandsaktion erledigt werden müssen. Als letzter Termin für die Auflösung des Reichstages ist der 31. März bestimmt worden. Wenn dagegen die Erledigung des genannten Arbeitsprogramms nicht möglich sein sollte, soll der Reichspräsident ersucht werden, die Auflösung des Reichstages schon vor dem 31. März anzuordnen. Diesen Abmachungen sollen die Deutschnationalen im wesentlichen zugestimmt haben. Völlige Uebereinstimmung zwischen den bisherigen Regierungsparteien besteht über folgende Punkte: Es soll eine Kontingentierung über die Beratungen des Reichstages vorgenommen werden durch Beschränkung der Redezeit und Einlegung von Nachtsitzungen. Ferner haben sich die Parteien verpflichtet, keine Agitationsanträge zu stellen. Wie verlautet, dürfte auch die Sozialdemokratie bereit sei, diesen Abmachungen beizutreten. Die Reichsregierung soll endlich ersucht werden, mit den Oppositionsparteien wegen der Erledigung des Arbeitsprogramms Fühlung zu nehmen.

Die vereinigte Reaktion marschiert in der Ulitz-Pantschen „Deutschen Wahlgemeinschaft", im Korfanty's „Kath. Block", in Grazynski's „Moralischen Sanation" und in den Trabanten aller anderen Listen. Darum wähle die Liste Nr.



Hergt teilt den Fraktionsführern die Stellungnahme des Kabinetts mit

Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: In der Mittwoch unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Hergt mit den Fraktionsführern der Deutschnationalen Volkspartei, des Zentrums, der Deutschen und Bayrischen Volkspartei abgehaltenen Besprechung wurde die Stellungnahme des Kabinetts zu den augenblicklich schwebenden innerpolitischen Fragen mitgeteilt.

Es herrscht „völlige" Einmütigkeit über die Notwendigkeit der Durchführung eines Arbeitsprogramms, das den Haushalt für 1928, den Nachtragsetat für 1927 und wichtige damit in Zusammenhang stehende Fragen zum Gegenstand haben sollte. Die Einzelheiten dieses Arbeitsprogramms sollen noch in dieser Woche festgelegt werden.

Lord Cecil fordert internationale Abrüstung

London. Im Oberhaus schnitt Lord Cecil die Frage der internationalen Abrüstung an und brachte eine Resolution ein, die das Haus auffordert, die Hoffnung auszusprechen, daß die Regierung eine Politik der internationalen Abrüstung befolge und nach Fühlungnahme mit den Dominions die Entscheidungen des ständigen internationalen Gerichtshofes im Haag in juristischen Streitfällen durch Unterzeichnung der zwangsweisen Schiedsgerichtsklausel anerkenne. Er richtete an die Regierung den dringenden Appell, etwas zu tun, um zu zeigen, daß sie gewillt sei, weiter zu gehen als das aus dem britischen Memorandum über die zwangsweise Schiedsgerichtsklausel geschlossen werden könne. Lord Cushandun sagte in Erwiderung für die Regierung, daß er sich in vollständiger Uebereinstimmung mit Lord Cecil befinde. Im weiteren Verlauf kam es zu einer persönlichen Auseinandersetzung zwischen Lord Cushandun und Lord Cecil, dem Lord Cushandun vorwarf, daß er die Völkerbundsunion für persönliche politische Ziele besuche, während er, Lord Cushandun, als Mitglied der Völkerbundsunion stets der Auffassung war, daß die Union ihren Zweck nur darin sehe, die britische Oeffentlichkeit über die Ziele und Arbeiten des Völkerbundes zu informieren und diese Arbeiten zu popularisieren. Cecil sagte in seiner Erwiderung, daß diese Anklage ihm unerwartet komme. Er könne nur sagen, daß die Resolution des Völkerbundes als zwangsweise Schiedsgerichtsklausel durch den Generalrat der Union angenommen war, der die Gesamtunion des ganzen Landesvertrages ist. Die liberale Partei hat heute nachmittag im Unterhaus eine Sitzung abgehalten, in der einstimmig eine Resolution angenommen wurde, die dem tiefen Bedauern der liberalen Partei aus Anlaß des Todes ihres alten Führers, Lord Oxford, Ausdruck gibt. Die Resolution wurde Oxford übermittelt.

Jules Verne geschlagen

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Paris, Mitte Februar 1928.

Frankreich feiert jetzt gerade den 100. Geburtstag des Erzählers Jules Verne, der die sonderbarsten Unmöglichkeiten und die fernsten technischen Erfindungen in seinen Büchern schon vor vielen Jahrhunderten vorausgeahnt hat. Seine Hauptwerke sind: „Die Reise um die Erde in 80 Tagen" und „Zweitausend Meilen auf dem Meer".

Nun erschien dieser Tage im „Echo de Paris" eine Karikatur unter welcher als Text stand: „Zweitausend Meilen auf dem Land". Auf ihr sieht man den französischen Kriegsminister Paul Painlevee. Hinter ihm die Meilensteine, an denen er schon vorbeigewandert ist. Jeder Meilenstein trägt den Namen eines der unzähligen Wahlkreise, in denen er sich bereits für die Neuwahlen angemeldet hat und die er nacheinander wegen Aussichtslosigkeit wieder aufgab. Painlevee wandert weiter und weiter, sucht und findet nicht. Wo wird er landen?

Da hieß es nun in den letzten Wochen mit absoluter Sicherheit, daß Painlevee unten an der französisch-italienischen Grenze, im Riviera-Alpen-Gebiet, einen Wahlkreis entdeckt habe, der ihm genügend sicher für die Wiederwahl erscheinen konnte. Schon verschickte Painlevee erste Grüße an seine „kleinen Alpenjäger" und erste Erklärungen darüber, daß es ein Kriegsminister sich zur Pflicht machen müsse, in einem so gefährlichen Grenzgebiet die Wache Frankreichs persönlich zu übernehmen. Und nun sah sich der Kriegsminister Painlevee gezwungen, seinem Wahlkomitee an der Riviera einen gerührten Abschiedsbrief zu schreiben. Er verstand die Aussichtslosigkeit seines Unternehmens, seit sich der Bürgermeister von Cannes als Gegenkandidat aufstellen ließ, und in einem unbekannten Gelände empfiehlt es sich immer, strategische Rückzüge zu machen, wenn ein Bürgermeister oder ein einflußreicher Stadtverordneter Gegenkandidat ist oder wird. Der ewige Wanderer begibt sich jetzt von neuem auf den Weg. Einstweilen hat der Wahlkreis der Stadt Gex einige Aussicht, Painlevee dort kandidieren zu sehen, aber kein Mensch, der in Frankreich ernst genommen werden will, schenkt derartigen Behauptungen noch irgendwelchen Glauben. Das mag kein rechter Kriegsmann sein, dem niemals fiel das Wandern ein, das Wandern ...

Vor vier Jahren wurde Painlevee im dritten Pariser Wahlkreis in einer Gegen von Mittelstandsbürgern, Studenten und Lehrern erwählt. Damals vertrat er noch fortschrittliche Ideen. Heute aber steht ihm ein Heer von 540 000 Mann zur Verfügung (eingerechnet die 103 000 Nordafrikaner, die 50 000 Kolonialsoldaten und die 16 000 Legionäre). Dieses Heer kostet jährlich 6 Milliarden 228 Millionen. Heutzutage hat Painlevee auch ein „Gesetz über die Mobilisation des Volks für den Kriegsfall" von der Kammer annehmen lassen, daß „die Mobilisierung jedes Franzosen ohne Unterschied von Alter und Geschlecht" vorschreibt. Dieses Gesetzt liegt augenblicklich zur Beratung dem Senat vor, der, obwohl ein höchst reaktionäres Parlament, dieser Bestimmung erfreulicherweise einigen Widerstand entgegenzusetzen scheint. Schließlich hat Painlevee wenigstens ein Gesetz in der Kammer durchgebracht, das die 18monatige Dienstzeit auf eine 12monatige zurückschraubt. Aber selbst dieses Gesetz wurde mit solchen Vorsichtsmaßnahmen beschwert, daß die Sozialisten nicht dafür gestimmt haben. Es hat sich gezeigt, daß die wirtschaftliche Notwendigkeit, sich früh einem Berufe zuzuwenden und nicht mit militärischen Uebungen Zeit zu verlieren, stärker war als die Gesetze. So hatte bei der 18monatigen Dienstzeit viel Urlaub gegeben und manche vorzeitige Entlassungen gestattet werden müssen. Bei der einjährigen Dienstzeit hofft man das zu vermeiden. Aber ihre Einführung soll frühestens am 1. November 1930 erfolgen, und selbst das nur, falls man bis dahin 106 000 Berufssoldaten hat. In den letzten drei Monaten des Jahres 1927 meldeten sich dafür 7800 Mann (gegen 5800 im Jahre 1926). Im ganzen Jahre 1927 ergab das ungefähr 20 000 Meldungen. Falls es in diesem Tempo weitergeht, ist Aussicht für die Einhaltung des 1. November 1930 als Datum der Einführung einer einjährigen Dienstpflicht vorhanden. Aber etwas Endgültiges darüber wird man erst in zwei Jahren wissen, sofern das Gesetz überhaupt vom Senat in dieser Form gebilligt wird. Der Aufbau derartiger Riesenarmeen, mögen sie selbst nur in Verteidigungsabsicht geschaffen werden, ging immerhin doch über die Einbildungskraft eines Jules Verne hinaus. Allerdings dachte Verne damals auch noch nicht an die Gründung des Völkerbunds.

Kurt Lenz.

Polnisches Ultimatum an Litauen?

Paris. Der Warschauer Mitarbeiter des „Matin" berichtet seinem Blatt über den Schritt der polnischen Regierung in Litauen und erklärt, die energische Note Zaleskis, die Woldemaras auffordert, mit Ja oder Nein zu antworten, ob er Verhandlungen mit Polen wünsche, werde in gewissen Kreisen als ein Ultimatum betrachtet, das eine direkte Krise ankündigt. Diese würde vorläufig lokalisiert bleiben. Allem Anschein nach würde sich auch die Sowjetunion im Falle eines Konfliktes darauf beschränken, platonische Proteste zu erheben. Derartige Interpretationen entsprechen aber nicht den Tatsachen. Der Korrespondent will aus guter Quelle wissen, daß Marschall Pilsudski keineswegs daran denke, militärische Argumente zu gebrauchen. Die Note Zaleskis sei von dem Wunsche beseelt, das Prestige Woldemaras zu wahren, dem er eine Demütigung ersparen wolle.

Die „Times" zu den polnisch-litauischen Beziehungen

London. Aus Anlaß der Feier des 19. Jahrestages der Unabhängigkeit Litauens befaßt sich die „Times" in einem Leitartikel mit der litauisch-polnischen Frage. Das Blatt betont, daß der Kriegszustand zwischen beiden Ländern auf Grund des Genfer Uebereinkommens zwar abgeschafft sei, daß aber alle seine Konsequenzen bestehen blieben und daß daher die Hoffnungen der Friedensstifter enttäuscht seien.

Die deutsch-russischen Wirtschafts-Besprechungen

Paris. Die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen werden von der Pariser Rechtspresse zum Ausgangspunkt neuer Verdächtigungen des deutschen Friedenswillens gemacht und das Problem wird vom wirtschaftspolitischen auf das außenpolitische Gebiet verschoben. So hat nach Meinung des „Avenir" der Handelsvertrag den hauptsächlichsten Zweck, dem Rapallovertrag seinen Charakter als „deutsch-russisches Revanchebündnis" zu erhalten. „Offen gestanden," schreibt das Blatt dann weiter, „mißfällt uns die Haltung der deutschen Nationalisten und der russischen Kommunistenführer nicht. Sie wird die nugenauen und gefährlichen Kombinationen des Quai d'Orsay entmutigen. Es ist unmöglich, einen Wirtschaftsvertrag abzuschließen, der Sowjetrußland zur Achtung des internationalen Rechtes zwingen soll, während die Moskauer und Berliner Regierung gegen unseren polnischen Alliierten gemeinsame Sache machen.

Erschwerung der deutsch-polnischen Verhandlungen?

Berlin. Die Valorisierung der polnischen Zölle wird, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, voraussichtlich eine gewisse Erschwerung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen mit sich bringen. Polen hat bekanntlich mit der Valorisierung der Zölle nicht nur eine Umwertung seiner bisherigen Zölle in Gold vorgenommen, sondern auch gleichzeitig damit Zollerhöhungen für bestimmte Warenkategorien vornehmen lassen. Dies macht deutscherseits auch eine gewisse entsprechende Erhöhung einzelner Forderungen notwendig.

Sprengung der panamerikanischen Konferenz?

Berlin. Berliner Blätter berichten aus Newyork: Meldungen aus Havana und Buenos Aires zufolge hat die argentinische Delegation auf der panamerikanischen Konferenz unter Führung des Dr. Pueyrredon ihre Konferenzmandate niedergelegt. Gleichzeitig soll Pueyrredon seiner Regierung die Demission als argentinischer Gesandter in Washington eingereicht haben. Die Nachrichten sind offiziell zur Stunde unbestätigt, werden aber für sicher geglaubt, nachdem bekannt geworden ist, daß die argentinischen Delegierten der heutigen Ausschußsitzung ohne Erklärung ferngeblieben sind.

Zur „Rettung" der weißen Rasse

Das belgische Kolonialministerium sucht Kongofrauen für die Kolonisten.

Brüssel. Das belgische Kolonalministerium veröffentlicht eine Anzeige, in der es für 20 000 Kongokolonisten, besonders in Leopoldsville, junge belgische Mädchen zur Heirat sucht, da die Kolonisten eine Heirat mit Negerinnen als für das Ansehen der Weißen schädigend und als Verstoß gegen das Staatsinteresse betrachten, sie aber andererseits der tödlichen Langeweile des Junggesellentums im Kongo entgehen möchten.

*

Die Spießbürger in den Kolonien stellen sich ein würdiges Zeugnis aus. Für eine gewisse „Langeweile" sind die Negerinnen, wie der Geburtenüberschuß im Kongo beweist, gut genug. Zum Heiraten braucht man allerdings weiße Mädchen. Echt „christlich".

Die Sozialdemokraten und Demokraten stimmen zu

Berlin. Im Laufe des Mittwoch-Abend hat die Reichsregierung entsprechend dem Wunsche der Regierungsparteien mit den Sozialdemokraten und Demokraten gegen der Aufstellung des Arbeitsprogramms Fühlung genommen. Beide Parteien haben sich bereit erklärt sich auf den Boden dieser Abmachungen zu stellen. Die Reichsregierung wird nunmehr ihrerseits ein Arbeitsprogramm aufstellen, über das sie bis Freitag die endgültige Entscheidung der Parteien erwartet.

Der „christliche General" als Grabschänder

Peking. Der christliche General Fengyuhsiang hat das in der Provinz Honan liegende Gut des verstorbenen Präsidenten von China, Yuanschikai, das einen Wert von sechs Millionen Silberdollar repräsentiert, beschlagnahmt. Gleichzeitig ließ er die Gruft Yuanschikai öffnen, um in ihr nach eventuell verborgenen Schätzen zu suchen.

Hochwasser im Saargebiet

Saarbrücken. Infolge des anhaltenden Regenwetters ist das Hochwasser der Saar im weiteren Steigen begriffen. Aus allen Teilen des Saargebietes werden Ueberschwemmungen gemeldet, der Fährbetrieb ist an einigen Stellen eingestellt worden.



Asquith gestorben

London. Asquith ist Mittwoch morgen, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, gestorben.

Der König hat Lady Oxford in einem persönlichen Telegramm sein Bedauern über den „Tod eines geachteten Freundes und eines großen Dieners des Staates" ausgedrückt. Im Unterhaus erklärte Baldwin, das Haus habe den Tod des Lord Oxford mit einem tiefen Bedauern erfahren, und teilte mit, er werde morgen den Antrag stellen, zum Zeichen der Trauer die Sitzung früh aufzuheben. Ein ähnlicher Antrag wird im Oberhaus von Lord Salisbury gestellt werden.

Die ferne Frau

Roman von Paul Rosenhayn.

42)

„Doktor Norinaga," wiederholt Ma Li Yang; er spricht den Namen mit einem besonderen Klang aus, der irgend etwas bedeutet, was Ove nicht versteht. „Doktor Norinaga war sehr beschäftigt. Er hat zehntausend Kulis gegen die Schlafkrankheit zu impfen gehabt."

Ove schüttelte den Kopf. „Mag sein, daß er beschäftigt war. Aber das Impfen haben die Aufseher besorgt; er hatte lediglich auf die Verteilung der Lymphe zu achten. Das ist keine so große Arbeit, als daß Doktor Norinaga mich nicht hätte empfangen können."

Ma Li Yang zuckt die Achseln. Er macht ein ernstes Gesicht und spricht ein paar Worte mit dem Mongolen. Der wendet überrascht den Kopf, und Ove sieht, daß er ihn mißtrauisch prüfend von der Seite betrachtet. Endlich sagt der Mongole, vielleicht aus einer Art Opposition gegen den Chinesen:

„Ich will dir die Wahrheit sagen: der Chinese bezweifelt, daß du wirklich in Diensten Bantams stehst."

Ove lacht auf. Er zieht einen Paß, eine Reiselegitimation und mehrere Papiere mit Stempeln, die sichtlich keinen Eindruck auf die beiden machen. Dabei fällt ihm ein Bild aus der Tasche, das ihm Bantam am Tage der Abreise geschenkt hat: Bob Bantam an der Reeling irgendeines Dampfers.

Dies Bild elektrisiert Ma Li Yang; er erhebt sich überrascht; er zeigt das Bild dem Mongolen, der ebenfalls erstaunt scheint. Wieder sprechen die beiden; dann übersetzt Bintu-Wan:

„Ma Li Yang ist überzeugt, daß du Bob Bantams Freund bist. Aber diese Ueberzeugung macht ihm alles noch unbegreiflicher."

Ove antwortet:

„Ma Li Yang soll um Gotteswillen nicht so asiatisch mit seinen Gedanken hinterm Berge halten. Er soll mich rund heraus fragen; ich werde ihm klipp und klar antworten. Er braucht nicht zu fürchten, daß er mich beleidigt; ebensowenig wie ich mich besinnen werde, ihm deutlich die Wahrheit zu sagen."

Ma Li Yang nickt, und es geht wie der Schimmer eines Verständnisses für europäische Art über sein Gesicht. Dann schließen sich seine Lider wieder bis auf einen kleinen Spalt — wie die Irisblende eines Kodaks. Endlich fragt er, und Bintu-Wan übersetzt:

„Ist es dir wirklich nicht bekannt, wer die Menschen sind, die du aus dem Tal des Tola-Flusses heranmarschieren sahst?"

„Nein," sagte Ove. „Woher sollte ich darüber etwas wissen?"

„Es sind die chinesischen Arbeiter. Sie haben sich geweigert, sich von Doktor Norinaga impfen zu lassen. Er hat ihnen gedroht; sie haben die Arbeit niedergelegt; sie wollen nach dem Süden zurückmarschieren. Viele von ihnen werden den Tod in der Wüste finden."

Ove erhebt sich betroffen;; aber ein Blick in das unbewegliche Gesicht Ma Li Yangs warnt ihn, die Haltung des Europäers vor diesen Asiaten zu verlieren. So antwortet er:

„Ich wußte, daß sich ein Hindernis einstellen würde. Da Ma Li Yang in Diensten Bantams steht, wie ich, darf ich ihm verraten, daß der Verlust schon wieder eingeholt ist."

Ma Li Yang nickt, und es leuchtet grünlich in seinen Pupillen auf. „Wir wissen, daß du in Transbaikalien zwanzigtausend russische Feldarbeiter angeworben hast, die auf der Fahrt nach Maimatschen sind. Eben das ist es, was uns mit Mißtrauen erfüllt hat. Denn wir können nicht glauben, daß ein Schritt, der den Bahnbau fördert, im Auftrage von Bob Bantam geschehen sein kann."

Wieder steht Ove vor dem Unbeweglichen; er fühlt, wie die Luft Asiens, diese von Hinterhältigkeiten, von Unbestimmbarem erfüllte Luft, von ihm Besitz nehmen will; wie ihn der Duft, der süßliche, gefährliche, feindselige Duft dieses Landes umkreist. Er begreift die Frage nicht — noch weniger vermag er die Antwort zu finden.

Die Tür öffnet sich; herein schlüpft, schlank, knabenhaft und lautlos, die Gestalt eines jungen Mädchens. Sie wechselt ein paar Worte mit Ma Li Yang, der dem Besucher erklärt, er möge das formlose Eindringen seiner unwürdigen Tochter verzeihen. Ove, den die fremartige Schönheit ihres ernsten Gesichtes seltsam berührt, macht eine Verbeugung; sie nimmt keine Notiz davon. Ihr Vater nennt ihren Namen: Moh-Li-Hwa. Ove findet den Namen klangvoll, er versucht, die Aufmerksamkeit des jungen Mädchens auf sich zu lenken; aber sie sieht an ihm vorüber ins Leere. Dennoch liest er in ihren Augen, die klug und scharf sind, gespanntes Interesse.

Plötzlich fällt draußen ein Schuß. Boye zuckt nervös zusammen; die beiden blicken vor sich hin, als ob sie nichts gehört hätten. Ein zweiter Schuß antwortet; es kracht an allen Ecken, zwanzig, dreißig Schüsse zugleich. Rufen, Schreien hallt dazwischen, Trommelwirbel klingt in der Ferne auf; von jenseits des Tola-Flusses antwortet irgendein Signal; Pfeifen, Knattern, Prasseln erfüllt die Luft; man hört dumpf das Einschlagen der Geschosse. Er blickt auf Moh-Li-Hwa, die ihn unverwandt betrachtet; er sieht auf Ma Li Yang, auf Bintu-Wan. Alle drei blicken ihm schweigend ins Gesicht.

Der tosende Lärm nimmt zu. Es heult und pfeift aus allen Richtungen; man hört Schreie; der Trommelwirbel kommt näher. Ove will an die Tür der Jurte gehen; der Mongole hält den Arm davor. Das ist nur ein symbolisches Hindernis, denn Ove weiß, daß er ihn mit einem Boxhieb niederschlagen könnte. Aber irgendwie hat er das Gefühl, daß dieser Mongole sein Freund ist.

Plötzlich donnert eine Detonation durch das Tal von Urga, gefolgt von prasselndem Gewehrfeuer; man hört wie durch ein Megaphon eine laute Stimme, die etwas sagt, was nicht Chinesisch ist; das Trappeln von Pferden rast an der Jurte vorbei, ein dumpfes Rollen zieht näher; es scheint auf die Jurte zuzukommen. Tausende von Stimmen rufen durcheinander, brüllen, schreien in einem seltsamen und nervenzermürbenden Diskant. Dann, abermals, kracht eine Detonation über Urga hin.

Und mit einem Schlage ist es still.

Ma Li Yang hat sich erhoben. Wieder macht er eine tiefe Verbeugung; der Mongole erklärt, daß Ma Li Yang in der Stadt zu tun habe, vielleicht etwas zu kontrollieren oder anzuordnen; daß der erlauchte Fremde Bo-ye es sich in dieser bescheidenen Hütte so bequem wie möglich machen möge; er, Ma Li Yang, werde mit Bintu-Wan spätestens bei Sonnenuntergang zurück sein. Dann gehen die drei hinaus: Ma Li Yang, blaß, schwammig und geheimnisvoll, der Mongole mit einem verschmitzten Lächeln, das ebensogut wohlwollend wie hinterlistig sein kann, Moh-Li-Hwan, Ma Li Yangs Tochter, mit einem verlorenen, völlig abwesenden Gesichtsausdruck.

Erst jetzt sieht Ove, daß auf einem Seitentischchen Tee steht, der merkwürdigerweise so heiß ist, als sei er eben zubereitet; Tee und Tassen und sibirisches Gebäck. Er tritt an die Tür der Jurte und öffnet sie. Die Stadt liegt in der Mittagssonne, schweigend, lautlos; niemand ist zu sehen — auch die drei sind wie vom Erdboden verschwunden. Ihn überkommt das Gefühl einer persönlichen Gefahr, vielleicht einer Falle, und in diesem Augenblick flüstert ihm aus dem Unterbewußtsein etwas zu, daß er dieses Land nicht lebend verlassen werde.

(Fortsetzung folgt.)

Koalitionspolitik der Schweizer Sozialdemokratie?

Für den Proporz der Exekutivbehörden.

Zürich, im Februar.

Der kantonale Parteitag der sozialdemokratischen Partei Berns hat beschlossen, für die am 26. Februar stattfindende Ersatzwahl in die Regierung des Kantons Bern, zwei Kandidaten, die Genossen Robert Grimm und Achille Grospierre, aufzustellen. Die Sozialdemokratie fordert die Anteilnahme der Arbeiterklasse an der obersten Behörde des Gliedstaates, den die Schweizer Kantone nach ihrer Verfassung darstellen.

Also Koalitionspolitik? Auch die Schweizer Sozialdemokratie, die bisher als die radikalste Sektion der Internationale angesehen wurde, hat die Position des unversöhnlichen Kampfes gegen den Klassenfeind aufgegeben und versucht, sichs in der Realpolitik des Alltags innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft so gut wie möglich einzurichten?

Aber, was die Berner Sozialdemokratie fordert, ist nichts als die Durchsetzung des Proporzes für die Regierungsbehörde. Sie besteht darauf, ihre Kandidaten in voller Unabhängigkeit und ohne Verhandlungen mit anderen Parteien zu bestimmen, sie verlangt keine größere Vertretung in der Exekutive des Kantons als ihrer numerischen Stärke im Kantonsparlament entspricht. Die Oesterreicher kennen diesen Vorgang sehr wohl, der ausländischen Genossen zunächst vielleicht unverständlich sein mag. Sind doch die Regierungen der österreichischen Bundesländer auf die gleiche Weise zusammengesetzt.

Es sind auch die gleichen Gründe, die hier wie dort, in der Schweiz und in Oesterreich, das Vorgehen der Sozialdemokratie bestimmen. In einer ganzen Anzahl von Gemeinden herrscht die Sozialdemokratie und überall findet ihre kommunale Aufbauarbeit ein schweres Hindernis in der Sabotage der kantonalen Regierungen, die sich in den Händen der bürgerlichen Parteien befinden. Ihnen sollen nun Vertreter der Arbeiterklasse in der Regierung zu Hilfe kommen, den Widerstand der bürgerlichen Regierungsräte brechen und die Aufbautätigkeit der Sozialdemokratie in den Gemeinden unterstützen. Die Mitarbeit der Sozialdemokraten in der Regierung soll der Partei, die ständig neue Aufgaben zu erfüllen hat und neue Positionen gewinnt, geschulte Fachmänner der Verwaltung erziehen. Sie soll die ärgste Korruption, die schwersten Gesetzesbrüche bürgerlicher Verwaltung aufdecken und verhindern.

Aber wir wissen: diesen unzweifelhaften Vorteilen der Mitarbeit in der Regierung, auch wenn sie aus eigenem Recht und ohne Koalitionsverhandlungen erfolgt, stehen schwere Nachteile gegenüber. Der politische Kampf wird in die Stille des Beratungszimmers verlegt, die Arbeiterklasse verliert den Zusammenhang mit den täglichen, schweren Aufgaben, die ihre Vertreter in der Regierung zu erfüllen haben, ihr erscheint die Regierung als ein unteilbares Ganzes, für dessen Handlungen die Sozialdemokraten mitverantwortlich sind. Die praktische Realpolitik des Alltags droht selbst die Kraft, aus der sie entstand, zu lähmen und die Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse zu verwischen.

Hier aber müssen die Besonderheiten der Schweizer Politik in Betracht gezogen werden. Auch hier irrt, wer die Erfahrungen eines Landes auf das andre einfach übertragen will. So weit die Exekutivwahl nach dem Proporz entfernt ist von einer Zusammenarbeit der Parteien selbst, wie sie der Koalitionsregierung zugrunde liegt, so weit ist auch das Schweizer Regierungssystem überhaupt entfernt von der parlamentarischen Demokratie andrer Länder. Es gibt keine Mehrheit des Parlaments, die für die Handlungen der Regierung die Verantwortung trägt. Es gibt kein Regierungsprogramm, kein Mißtrauensvotum gegen die Regierung, die überhaupt nicht als Einheit auftritt. Das Regierungsmitglied ist nichts andres als der oberste Chef der Verwaltungsbeamten eines bestimmten Ressorts, der sich offen und öffentlich abgrenzt von den Handlungen seiner Amtsgenossen. Die Initiative, die von ihm ausgeht, erstreckt sich nur auf die Geschäfte, die sein Ressort zu erledigen hat. In allen politisch strittigen Fällen tritt er in die Reihen seiner Partei und nimmt mit ihr gemeinsam Stellung.

Dennoch bliebe die Gefahr, daß das politische Leben versumpft, wenn es sich nur im Beratungszimmer abspielt, daß der politische Kampf einschläft, wenn er nur am grünen Tisch ausgetragen wird. Aber die direkte Demokratie der Schweiz verlegt den politischen Kampf überhaupt auf die Straße. Jedes Gesetz, jeder Verwaltungsakt größerer Bedeutung erlangt Rechtskraft nur durch die Zustimmung der Mehrheit des Volkes. Wenn hier irgendeine Gefahr besteht, so ist es eher die, daß sich der politische Kampf an der Fülle der Probleme erschöpft und die großen Grenzen der Klassenscheidung im Streit um Banales verlöscht werden.

Der Proporz hat in der Schweiz geradezu eine revolutionäre Rolle gespielt. Gestützt auf die Majoritätswahl hat die freisinnig-demokratische Partei durch sieben Jahrzehnte die Eidgenossenschaft absolut beherrscht und jeder Versuch der Auflehnung, der Scheidung der Interessengruppen innerhalb der Bourgeoisie, war von vornherein zur Aussichtslosigkeit verdammt. Die Majoritätswahl zwang alle bürgerlichen Interessengruppen, sich zusammenzuschließen, stellte die Bauernschaft in eine Front mit der Bourgeoisie, verlöscht alle tiefgreifenden Gegensätze innerhalb der Landbevölkerung und unterstellte sie alle der Führung des klassenbewußten Teiles der Bourgeoisie, des Finanzkapitals. In den Stürmen des Jahres 1919 fiel die Majoritätswahl für die gesetzgebenden Körperschaften. Dadurch löste sich in der Deutschschweiz die Bauernschaft von den Freisinnigen los und bildete ihre eigene Organisation, die Majorität der Freisinnigen im Nationalrat wurde gebrochen und die Sozialdemokratie hielt dort als zweitstärkste Fraktion ihren Einzug.

Aber noch behauptet der Freisinn seine Vorherrschaft in den Verwaltungsbehörden, gestützt auf das Prinzip der Majoritätswahl. Hat der Sturz der Mehrheitswahl in der Gesetzgebung die Bourgeoisie zersetzt und die Bauern ihrem Einfluß entzogen, so zwingt sie der Kampf um die Behauptung der Mehrheitswahl für die Verwaltung wieder in eine Front zusammen. Aber unterdessen ist die Sozialdemokratie mächtig geworden, und der Kampf des Finanzkapitals, der früher gegen die rebellierenden Gruppen der Bourgeoisie ausgefochten werden mußte, richtet sich nun gegen die aufsteigende Arbeiterklasse. Ein neuer Sturz des Majoritätswahlrechtes, diesmal für die Verwaltungsbehörden, wäre ein vernichtender Schlag für die Vorherrschaft der Bourgeoisie und ihr Regierungsmonopol.

In diesen Rahmen eingeordnet erscheint der Beschluß der Berner Sozialdemokratie in neuem Licht. Er bedeutet nicht Waffenstillstand, nicht Ausgleich der Gegensätze, nicht Koalitionspolitik, sondern ein neues Stadium des Kampfes gegen den Klassenfeind.

Hilde Scheller

Strafprozeß, Jugendgericht und Strafgesetzreform.

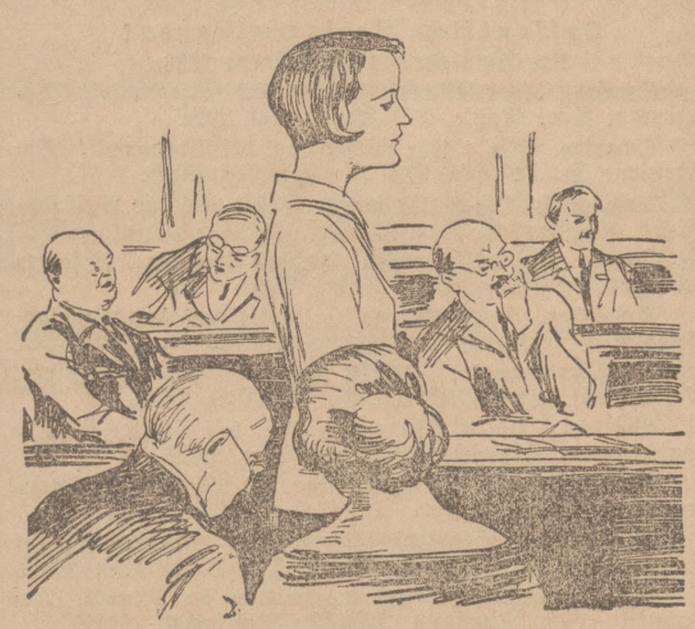
Von Hans Hyan.

Kaum jemals hat eine Moabiter Gerichtsverhandlung ein so erschreckendes und zugleich beschämendes Bild geboten, wie die Verhandlung gegen den Primaner Krantz, der wegen Anstiftung und wegen Verabredung zum Morde in zwei Fällen unter Anklage steht.

Der erste Staatsanwalt

Steinbeck hat diese völlig unsubstanzierte Anklage formuliert, die er im Verlaufe des Prozesses selbst auf Totschlag einschränken mußte. Rechtsanwalt Frey wirft diesem Staatsanwalt vor, er kenne die Prozeßordnung nicht. Und in der Tat weiß Herr Steinbeck nicht einmal, daß dem Rechtsanwalt des Angeklagten die Ladung der Sachverständigen rechtzeitig notifiziert werden muß. So der Staatsanwalt.

Der Vorsitzende läßt jeden Ueberblick, jede Beherrschung eines so gewaltigen Prozeßstoffes vermissen. In einer Zeit, in der sich alle Leute die Köpfe zerbrechen, wie man die Zahl der



Die Zeugin Hilde Scheller während der Vernehmung

Eidesleistungen und die verblüffende Ziffer der wegen Meineid Verurteilten einschränken kann — in solchem Augenblick bleibt Herr Landgerichtsdirektor Duft eisenstirnig dabei, ein paar eben sechzehnjährig gewordene Mädchen zu vereidigen, und zwar um ihnen

unter Eid die allerintimsten Dinge ihres Sexuallebens

abzufragen. Wir erleben das widerwärtige Schauspiel, daß ganz junge Geschöpfe gezwungen werden, vor einem Riesenauditorium ihre verborgensten Gefühle preiszugeben, ohne daß damit für den Prozeß irgendwie Wesentliches gewonnen würde. Und was ist der Effekt dieses völlig unmöglichen Vorgehens seitens des Gerichts? — unsere lieben Finsterlinge und Dunkelmänner bringen im Reichstag eine Novelle zum Reichspressegesetz ein, die Einfügung eines neuen Paragraphen 17 a, wonach Prozeßberichte, die geeignet sind, das Geschlechtsgefühl der Jugend zu überreizen oder irrezuleiten, verboten sind...

Das Wesentliche liegt darin, daß ein solcher Prozeß, bei dem es sich durchweg um Schüler handelt, vor ein Jugendgericht gehört. Dort die nötige Einschränkung der Berichterstattung zu verfügen, wäre ein Leichtes. Aber vor allen Dingen betrifft diese Frage die Strafgesetzreform. Und da ist denn neulich im Strafrechtsausschuß des Reichstages auch über

das Strafmündigkeitsalter

gesprochen worden, wobei einzig und allein die Sozialdemokraten für die Heraufsetzung der Altersgrenze auf 18 Jahre gestimmt haben. Sämtliche bürgerlichen Parteien haben sich skandalöserweise für die Beibehaltung der Vierzehnjahresgrenze ausgesprochen. Vergeblich hoffte man bei dieser Gelegenheit etwas über die Frage des Reifealters und der strafrechtlichen Bedeutung der Pubertät bezw. der Pubertätsverschlechterung zu hören. Die ganze Umbildung und Einseitigkeit der Juristen kam bei dieser Gelegenheit wieder einmal zutage.

Wie soll denn ein Richter, der weder von Psychologie, noch von Psychopathologie und am wenigsten von Psychatrie eine Ahnung hat, heute noch seines so verantwortungsvollen Amtes walten?! An Stelle des studentischen Saufkomments, der die jungen Leute nicht nur an der Arbeit hindert, sondern sie auch für ihr späteres Leben halb untauglich dazu macht, sollten endlich die verschiedenen Doktrinen der Biologie an den Universitäten als pflichtmäßige Lehrfächer eingeführt werden. Und die heutigen Richter müßten solche unentbehrlichen Dinge nachlernen, wenn sie im Amte bleiben wollen. Der Strafrichter kann sich, aber er braucht sich nach geltendem Rechte nicht vom Sachverständigen überzeugen lassen. Folglich muß er selbst sachverständig sein, besonders in den Wissenschaften der erkrankten oder abnormen Menschenseele, die er jeden Tag studiert und über die er jeden Tag zu urteilen hat.

Was sehen wir denn da im Moabiter Schwurgerichtssaal? — Einen achtzehnjährigen jungen Menschen, der körperlich ohne Widerstandsfähigkeit mit seinem regen und reizbaren Verstande in diese Zeit der Gegensätze der Auflösung und der Umwertung, besonders der seelischen Werte, hingeworfen wurde. Dieser Junge ebenso wie sein toter Freund Günther Scheller und der von diesem erschossene Hans Stephan gleiten in dem trüben Gewässer einer invertierten Sexualität dahin. Ich mache der Voruntersuchung den Vorwurf, sich um diese wichtigste aller Fragen im Prozeß nicht genügend gekümmert zu haben. Wohlhabende Männer, die ihre modernen Vehikel dazu benützen, junge unreife Menschen in Gleichgeschlechtlichkeit zu führen; im Hintergrunde auftauchende Jünglinge, selbst verdächtig der Kinderverführung, bilden einen üblen Komplex, in den sich die natürlichen Empfindungen der hier sichtbar werdenden verdrängt haben. Diesen Komplex aufzugraben und klar zu zeigen, wäre die erste Aufgabe der Voruntersuchung gewesen. Nicht das ist wichtig, wie eng die Liebesbeziehungen Hilde Schellers zu Paul Krantz waren — denn nie und nimmer ist die doppelte Bluttat ein Akt der Eifersucht oder der verärgerten Bruderliebe um dieses Mädchen. Die eigentlichen Gründe, weswegen Günther schoß und Paul Krantz, dieser junge Herostrat, jetzt der moralischen Mitschuld an dem Doppelmord sich selbst bezichtigt, liegen zweifellos im Psychopathischen, insbesondere aber

in der Eifersucht und in dem Neid dieser abgeglittenen Jungen auf ihre sexuellen Freunde.

Und im Alkoholmißbrauch.

Auch da haben wir im Strafrechtsausschuß des Reichstages Wunderdinge erlebt. Die Herren Reichsboten haben einen Wust sondergleichen über diese Dinge zusammengeredet. Und sie haben sich zuletzt und endlich geeinigt, auf den unglaublichen Satz: „Jeder Trunkene ist verantwortlich für die Taten, die er in der Trunkenheit begeht." Niemand zeigte dort eine Spur des Wissens um diese Dinge. Daß es so etwas wie Blastophterie oder Blutverderbnis gibt; daß das Rauscherbe die furchtbarste Mitgift ist, die ein Mensch mit ins Leben bringen kann, daß der Alkohol schon die Keimzelle derartig vergiften kann, daß er das neu entstandene Menschengeschöpf seinen Instinkten hemmungslos und rettungslos preisgegeben ist; daß also Alkohol und Alkoholmißbrauch jeder Juristenweisheit spotten und nur biologisch zu deuten und in Gesetze zu fassen sind — warum sollte ein deutscher Reichsbote über diese Dinge Bescheid wissen?! Er macht zwar die Gesetze für sein Volk; er redet mit Emphase und berät eine ganze neue Strafgesetz- und Prozeßreform; aber die Welt wird dadurch nicht einen Schritt vorwärts, sondern eher verschiedene zurück gebracht.

Und draußen in Moabit steht ein kleines Mädchen, Hilde Scheller und beschämt die gelehrten Richter, Sachverständigen und Verteidiger durch die Art, wie sie sich gegen diejenigen wehrt, die ihr immer wieder die Seele entblößen und sie ihres Schamgefühls entkleiden wollen.

Spaltung innerhalb der Unabhängigen Sozialisten

Schon seit längerer Zeit wird zwischen der Linken und Rechten der unabhängigen Sozialisten ein Kampf geführt. Die Rechte mit Dr. Drobner und Kapitulek an der Spitze versucht gegen die kommunistische Tendenz der Linken zu opponieren und strebt einen Zusammenschluß mit der P. P. S. an. Die Linke dagegen fühlt sich zur P. P. S.-Lewica hingezogen. Stürmische Sitzungen sind an der Tagesordnung. Der größte Teil der der Partei angehörenden Arbeiter geht mit Dr. Drobner. Dieser hat in der letzten Zeit einen Brief an alle Mitglieder der Partei gerichtet, in dem er die Grundsätze seines Programms auseinandersetzte. (p)

Wenn man die Reibungen innerhalb der Unabhängigen Sozialistischen Partei sowie innerhalb der Kommunistischen Partei, die sich in Trotzkisten und Stalinisten spaltet, in Betracht zieht, so kann man diese Zersplitterung der Kräfte der Arbeiterschaft nur bedauern. Dieser Zersplitterung der Arbeiterschaft stellen sich nur zwei Parteien gegenüber, die D. S. A. P. und die P. P. S. Diese beiden Parteien haben erkannt, daß die Zersplitterung zur Schwäche führt und haben aus dieser Erkenntnis den einzig richtigen Schluß gezogen, ihre Kräfte im Wahlkampf zu vereinigen. Sie weisen damit der gesamten Arbeiterschaft den Weg zur Stärkung ihrer Macht. Die Arbeiter aber müssen Schluß machen mit der Spaltung und ihre Stimmen nur für die vereinigten sozialistischen Parteien, für die Liste 2, abgeben. Sie werden damit auch die anderen Arbeiterparteien zur Einheitsfront des werktätigen Volkes zwingen.

Slovenischer Landesparteitag

Der lebendigste Organisationsteil der jugoslawischen Sozialdemokratie, die slovenische Landesorganisation, die sich in der Hauptsache auf deutsch sprechende Arbeiter erstreckt, hielt am 7. Januar ihren Parteitag ab. Er trat an einem für die Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung Sloveniens bedeutsamen Orte, im Kohlenrevier von Trbovilje zusammen, wo sich vor sieben Jahren die Spaltung der Organisation vollzog. Seither hat die sozialistische Arbeiterbewegung Sloveniens ihre Organisation wieder aufgebaut und kampffähig gemacht, während die abgespaltenen Gruppen fast völlig verschwunden sind. Die slovenische Sozialdemokratie entsendet den einzigen sozialistischen Abg. Petejan in das jugoslawische Parlament, sie ist die zweitstärkste Partei des Hauptortes von Slovenien, Maribor, beherrscht eine ganze Anzahl kleiner Gemeinden und stellt in einer Reihe anderer starke Fraktionen.

Der Parteitag hörte Referate des Genossen Erzen über die Tätigkeit des Parteivorstandes, des Abt. Petejan über seine Tätigkeit im Parlament, des Genossen Grcar über die Lage im Mariborer Gautag und über die Parteitaktik an. Die ihm vorgelegten Berichte wurden einstimmig gebilligt. Die Parteikonferenz faßte eine Reihe von Beschlüssen über den weiteren Ausbau der Organisation und der Parteipresse, forderte die Bildung von Frauen- und Jugendgruppen und legte die Taktik und die Ziele der sozialistischen Kommunalpolitik fest. In einer umfassenden Resolution über die politische Lage wurde die völlige Herstellung und Sicherung der politischen Freiheitsrechte, eine Steuerpolitik zugunsten der arbeitenden Volksklassen und die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes gefordert.

Eidechse als Haustier

Die Eidechse als Haustier. — Ein unermüdlicher Insektenfänger. — Der Gecko im Aberglauben der Eingeborenen.

In den südasiatischen Ländern, und besonders in Vorderindien und Hinterindien, lebt eine Eidechsenart, Tuckäh oder Gecko (Gecko verticillatus) genannt, die eine Länge von bisweilen mehr als einem Fuß erreicht und ihren Namen durch den lauten Ruf „Tuckäh, tuckäh, tuckäh" erhält, den das Tier acht- bis zehnmal hintereinander ausstößt.

Der Gecko ist in seiner Heimat zu einem richtigen Haustier geworden. Besonders gern aber lebt er in alten Tempeln. Es gibt verschiedene Sorten, darunter braunschwarze und gefleckte. Nützlich ist der Gecko deshalb, weil er unermüdlich Insekten an den Wänden der Häuser fängt und so diese, besonders in den Tropen, schwere Plage vermindert. Allerdings frißt der Gecko die kleinen, auch insektenfressenden Eidechsen, die ebenfalls in jenen Ländern zu Hunderten in den Häusern der Menschen leben, und besonders eifrige Mosquito-Vertilger sind.

Der Gecko hat ebenso wie die kleinen Eidechsen Saugfüße und kann daher mit blitzartiger Schnelle an Decken und Wänden der Wohnungen entlang schießen, um Käfer, Flie-

gen, Mosquitos sowie Insekten aller Art mit bewunderungswürdiger Sicherheit zu schnappen. Die dem Gecko stammverwandten kleinen Hauseidechsen stoßen immer einen schnatternden, „djek, djek, djek“ klingenden Ruf aus.

Für den europäischen Neuankömmling, für Damen, sind diese Mitbewohner des Hauses zunächst etwas unheimlich, trotzdem sie vollkommen harmlos sind. Unangenehm ist es allerdings, wie die kleinen Zimmereidechsen sich an der Decke jagen und im Liebestaumel auf den Eßtisch oder sogar in den Suppenteller fallen, was allerdings nicht selten vorkommt.

Der Gecko ist ein großer Feind der etwa fingerdicken grünen Baumschlange, gegen die er einen wütenden Kampf führt und sogar kleine Exemplare der Schlange verschlingt.

Die Eingeborenen glauben, daß der Gecko die grüne Baumschlange ruft, damit sie ihm durch das Maul in den Magen kriechen und ihm die Leber auffrißt. Denn sie sagen, daß der Gecko von Zeit zu Zeit seine Leber loswerden will. Ueberhaupt spiele der Gecko im Aberglauben jener Völker eine große Rolle. Wenn er weniger als dreimal ruft, so bringt das den Lauschenden Unglück. Ruft er aber hintereinander neunmal, dann hat man großes Glück zu erwarten. Wie wir unseren Kindern ein hübsches Vögelchen oder Kätzchen zeigen, so machen die Frauen jener Länder ihr Baby auf den an der Wand klebenden Gecko aufmerksam. Dann leuchten die Augen des Kindchens, und es klatscht vergnügt in die Hände. Am Tage sitzt der Gecko am liebsten in dunklen Ecken, und erst nach Sonnenuntergang beginnt er seine Jagdzüge auf Insekten. Nachts kann man seinen durchdringenden Ruf weithin vernehmen.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht. Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht. Wirtschafts- und Tagesnachrichten 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend) 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst

Freitag, den 17. Februar. 16.00—17.30: Unterhaltungskonzert. — 17.30: Stunde und Wochenschau des Hausfrauenbundes Breslau, Berufsorganisation. — 18.15: Uebertragung aus Gleiwitz: Zeitlupenbilder aus Oberschl. — 18.50—19.20: Abt. Musik. — 19.20—19.50: Abt. Berufsberatung. — 20.00: „Im grünen Baum zur Nachtigall“. — 1. Das Breslauer Sechstagerennen im Rundfunk. — 21.55: Der Start. — 22.30: Die ersten Wertungen. In der Pause: Zehn Minuten Esperanto.

Kattowitz — Welle 422

Freitag. 16.40: Geschichtsstunde. 17.20: Poln. Unterricht. 17.45: Nachmittagskonzert. 18.55: Berichte. 19.30: Vorträge. 20.15: Uebertragung des Symphoniekonzertes. 22.00: Verschiedene Nachrichten, übertragen aus Warschau.

Posen — Welle 344,8.

Freitag. 13.15: Konzert. 17.05: Vortrag. 17.45: Militärkonzert. 19.00: Verschiedenes. 19.30: Vortrag. 20.15: Symphoniekonzert der Warschauer Philharmonie.

Warschau — Welle 1111,1

Freitag. 12.00: Tägl. Nachrichten. 16.20: Vorträge. 17.45: Uebertragung aus Wilna. 19.30: Vortrag. 19.55: Musikalische Plauderei. 20.15: Symphoniekonzert der Philharmonie. 22.00: Tägliche Berichte.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Katowice. Dienstag, den 21. Februar, um 7½ Uhr, im Zentralhotel, Vortrag des Studienrats Birkner über: „Was bedeutet das Volkslied für die musikalische Volkserziehung?“ mit Lautenbegleitung.

Katowice. Der Kurs über „Geschichte der Volkswirtschaft“ muß diese Woche ausfallen. Wiederbeginn Sonnabend den 25. Februar, um 7½ Uhr, auf Zimmer 23.

Zalenze. Dienstag, den 21. Februar, Märchenabend im Saale des Herrn Golczyk, Zalenze. Es wird pro Kind 10 Groschen erhoben.

Königshütte. Die Naturfreunde. Am Donnerstag, 16. Februar, abends 7½ Uhr, findet im Vereinszimmer des Dom Ludowy ein Unterhaltungsabend, verbunden mit Lichtbildervortrag über die hohe Tatra statt.

Gieschewald-Nickischschacht. Sonntag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr, Vortrag über die „Geschichte der Ehe“ von Dr. Bloch, im Gasthaus Gieschewald-Schnapka.

Versammlungskalender

Oeffentliche Versammlungen!

Am Sonntag, den 19. Februar 1928:

Orzesze. Um 3 Uhr nachmittag, bei Grzegorczyk. Referenten: Gen. Matzke, DSAP.; Daniel, PPS.

Scharley. Um 4 Uhr nachmittag, bei Grabowski. Referenten: Gen. Peschka, DSAP.; Kawalec, PPS.

Urbanowitz. Um 3 Uhr nachm., Lokal nach den Anschlagsäulen. Referenten: Gen. Kubitzek, DSAP.; Mainka, PPS.

Domb. Um 3 Uhr nachmittag, bei Cuprvna. Referenten: Gen. Dorrn, DSAP.; Machej, PPS.

Kostuchna. Um 4 Uhr nachm., Lokal nach den Anschlagsäulen. Referenten: Gen. Wrozyna, DSAP.; Juchelek, PPS.

Groß-Dombrowka. Um 6 Uhr nachmittag, bei Ziola. Referenten: Gen. Peschka DSAP.; Chruszcz, PPS.

Bytkow. Um 3 Uhr nachmittag, bei Geißler. Referenten: Gen. Heidrich, DSAP.; Dlubis, PPS.

Lipiny. Um 1 Uhr nachmittag, bei Machon. Referenten: Gen. Gorny, DSAP.; Dr. Baj, PPS.

Martinschacht-Schwientochlowitz. Um 3 Uhr nachm., bei Schwientek. Ref.: Gen. Hermann, DSAP.; Bocian PPS.

Bor-Neudorf. Um 4 Uhr nachmittag, bei Marcol. Referenten: Gen. Ritzmann, DSAP.; Ryszkowski, PPS.

Mittel-Lazisk. Um 4 Uhr nachmittag, bei Ocadlus. Referenten: Gen. Raiwa, DSAP.; Kzionszek, PPS.

Mitglieder-Versammlungen:

Nikolai. Um 3 Uhr nachmittag, bei Ciossek, D. S. A. P. u. Frauengruppe Arbeiterwohlfahrt. Ref.: Genossin Kowoll.

Josefsdorf. Um 3 Uhr nachm., bei Wrobel. DSAP. und PPS. Referenten: Gen. Jarczyk, DSAP.; Machej, PPS.

Zawodzie. Um 10 Uhr vorm. bei Cygan. Sitzung der Vertrauensleute vom Wahlkomitee der DSAP. und PPS.

Siemianowice. Dienstag, den 21. Februar, abends 7 Uhr, bei Kozdon, Teichstraße, Generalversammlung der Frauengruppe „Arbeiterwohlfahrt“. Referentin: Genossin Kowoll.

Pleß. Um 10 Uhr vorm., bei Michalik, Vertrauensmännerkonferenz. Ref.: Gen. Bluszcz, DSAP.; Reger, PPS.

Kattowitz. Holzarbeiter. Sonntag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr, findet im Zentralhotel eine allgemeine Holzarbeiterversammlung statt. Ref. Genosse Kowoll.

Königshütte. Freidenker. Sonntag, den 19. Februar, vorm. 9½ Uhr, Monatsversammlung.

Königshütte. Vertrauensmänner des D. M. V. Donnerstag, den 16. Februar, abends 7½ Uhr, im Volkshaus, Vertrauensmänner-Sitzung.

Eichenau. Generalversammlung der Bergarbeiter. Die vereinbarte Generalversammlung findet am 19. d. Mts., vorm. 9½ Uhr, und nicht wie angegeben um 3 Uhr, statt. Lokal wird durch den Vertrauensmann bekanntgegeben.

Laurahütte. Ortskartell. Donnerstag, den 16. Februar, abends 7½ Uhr, bei Herrn Kozdon, Sitzung des Ortskartells.

Vermischte Nachrichten

Wer ist „anziehend“?

Immer wieder erleben wir im Verkehr mit Menschen jenen geheimnisvollen Zauber der Anziehungskraft, der sich nicht nur auf die Beziehungen zwischen Männern und Frauen, sondern auch auf Vertreter des gleichen Geschlechts erstreckt. Woher kommt diese magnetische Bindung, die manche Menschen zueinander hinzieht? Eine Engländerin sucht diese Frage zu ergründen. „Wenn man neue Menschen kennen lernt“, schreibt sie, „so sucht man instinktiv nach ihren guten Eigenschaften; man möchte so gern seinen eigenen Lebensinhalt durch die Bekanntschaft mit sympathischen Personen bereichern. Es braucht nicht Schönheit zu sein, überragender Geist oder eine andere hervorragende Eigenschaft; es genügt schon ein Lächeln, ein Blick der Augen, ein Tonklang der Stimme, eine anmutige Bewegung. Ich erinnere mich, daß ich vor einigen Jahren in einer Gesellschaft mit einer Frau zusammen war, die durchaus nicht besonders schön oder elegant erschien. Aber innerhalb von wenigen Minuten hatte sie die Aufmerksamkeit aller auf sich gezogen. Männer wie Frauen umringten sie, und dieser Zauber der Anziehung kam nur daher, daß sie ein glänzendes Unterhaltungstalent besaß, daß sie durch ihre Lebhaftigkeit alle in ihren Bann zog. Wir haben alle Schauspieler und Schauspielerinnen, Musiker und andere Künstler, Politiker und Geistliche kennen gelernt, deren Aeußeres in nichts die Magie verriet, die sie auf Menschen ausübten. Sie besaßen jenes geheimnisvolle Etwas, das die Herzen gewinnt. Solche „Rattenfänger“, die einen Schwarm von Verehrern hinter sich herziehen, wirken hauptsächlich durch die Kraft ihrer Persönlichkeit, durch ein seelisches Fluidum, das von ihnen ausgeht und die Herzen der anderen höher schlagen läßt. In der Liebe kann diese Anziehungskraft verhängnisvoll werden. Eine Frau gestand mir einmal, daß sie sich selbst hasse, weil sie von einem Manne nicht loskommen könne; er sei für sie, was das Licht für die Motte ist. Diese Frauen sehen die Fehler derer, denen sie verfallen sind, aber selbst in dem Manne, den sie verachten und verabscheuen, lebt noch jenes mystische Etwas, das sie unwiderstehlich anzieht. Manchmal begegnet man einem Mann oder einer Frau, von deren Persönlichkeit man sich beim ersten Blick gepackt fühlt. Man hat das eigentümliche Gefühl, als ob man den Betreffenden schon seit Jahren kenne; man empfindet eine seltsame Seelenverwandtschaft und weiß, daß da innere Beziehungen vorliegen, ohne daß man sich über ihre Herkunft genaue Rechenschaft geben kann. Dann aber trifft man wieder andere, die uns sofort abstoßen, von denen man weiß, daß man nichts mit ihnen gemein hat. Und diese Person, die uns so mißfällt, an der wir nicht das geringste finden, übt wieder auf einen anderen die größte Anziehungskraft aus. Diesen geheimnisvollen Verknüpfungen der Seelen in ihren tiefsten Ursachen auf die Spur zu kommen, ist unmöglich. Aber die Anziehungskraft ist eine der stärksten Mächte in unserem Leben, die unserem Dasein seinen Reiz und seine Ueberraschungen verleiht. Es ist ein faszinierendes Bewußtsein, wenn man auf andere Menschen einwirken kann, und es ist ein unvergeßliches Erlebnis, wenn man die Gewalt der Anziehungskraft empfindet.“



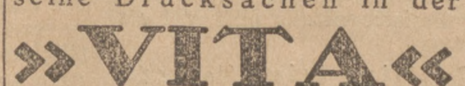



Ohne Arbeit, ohne Müh',
Hast Du schon in aller Früh
Mit „Purus“ in einem Nu
Blitze blanke reine Schuh'.
„Purus“
chem. Industriewerke Kraków

BERSON-KAUCZUK-ZENTRALE
Kraków, Grodzka No. 60


Das Blatt der handarbeitenden Frau
Beyers Monatsblatt für
Handarbeit u. Wäsche
Mit vielen Beilagen.
Es erscheint am 20. jedes Monats und kostet 75 Pf., frei ins Haus 5 Pf. mehr.
Ihr Buchhändler führt sie!
VERLAG OTTO BEYER, LEIPZIG


Von Rheuma, Gicht
Kopfschmerzen, Ischias
und Hexenschuß
sowie auch von Schmerzen in den Gelenken und Gliedern, Influenza, Grippe und Nervenschmerzen befreit man sich durch das hervorragend bewährte Togal. Die Togal-Tabletten scheiden die Harnsäure aus und gehen direkt zur Wurzel des Übels. Togal wird von vielen Ärzten und Kliniken in Europa empfohlen. Es hinterläßt keine schädlichen Nebenwirkungen. Die Schmerzen werden sofort behoben und auch bei Schlaflosigkeit wirkt Togal vorzüglich. In all. Apoth.
Acid. acet. salic., 0,46 % Chinin. 12,6 % Lithium ad 100 Amyl.

Warum ??
läßt der kluge Geschäftsmann seine Drucksachen in der


machen?
Weil die Drucksachen der Spiegel des Geschäftes sind, darum sauberste und geschmackvollste Ausführung fordern und trotzdem preiswert sein sollen. Lassen Sie sich diese Vorteile, die Sie bei Bestellungen in der „Vita“ voraussetzen können, nicht entgehen.
„Vita“ nakład drukarski
Katowice, ulica Kościuszki 29 - Telefon Nr. 2097

Werbet ständig neue Abonnenten!